



Die Ministerin

MHKBG Nordrhein-Westfalen • 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
André Kuper
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



für die Mitglieder
des Ausschusses für Heimat,
Kommunales, Bauen und Wohnen

21. November 2017

60-fach

Sitzung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 24.11.2017

Beantragung eines schriftlichen Sachstandsberichts durch die SPD-Fraktion zum Thema „Förderung von E-Government – Welche Projekte werden umgesetzt, um die Kommunen in NRW fit für die digitale Zukunft zu machen?“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen übersende ich 60 Exemplare eines schriftlichen Sachstandsberichts zum Thema „Förderung von E-Government – Welche Projekte werden umgesetzt, um die Kommunen in NRW fit für die digitale Zukunft zu machen?“

Mit freundlichen Grüßen

Ina Scharrenbach

Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

Telefon +49 211 8618-4300
Telefax +49 211 8618-4550
ina.scharrenbach@mhkgb.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien 706, 708
und 709 bis Haltestelle
Landtag/Kniebrücke



MHKBG Nordrhein-Westfalen • 40190 Düsseldorf

Seite 1 von 7

An die Mitglieder
des Ausschusses für Heimat,
Kommunales, Bauen und Wohnen

Aktenzeichen:
122 -
bei Antwort bitte angeben

**Sachstandsbericht
zum Thema „Förderung von E-Government – Welche Projekte
werden umgesetzt, um die Kommunen in NRW fit für die digitale
Zukunft zu machen?“**

Frau Huylmans
Telefon 0211 8618-3112
Telefax 0211 8618-54444
julia.huylmans@mhkgb.nrw.de

November 2017

Sachstandsbericht der Landesregierung

Stand: 13.11.2017

Der Aufbau des Berichts orientiert sich an den in der Berichts-anforde-
rung formulierten Fragen.

Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

Telefon 0211 8618-50
Telefax 0211 8618-54444
poststelle@mhkgb.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien 706, 708
und 709 bis Haltestelle
Landtag/Kniebrücke

1. Welche konkreten Maßnahmen und Strategien verfolgt die Landesregierung im Hinblick auf Open Data und E-Government in den kommunalen Verwaltungen?

Die Landesregierung wird die Interessen der kommunalen Ebene in den Bereichen Open Data und E-Government berücksichtigen. In der Strategie der Landesregierung wird die Ebenen übergreifende Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltungen mehr Bedeutung erlangen als bisher. Zu den beabsichtigten Maßnahmen, die auch für die Kommunen von Interesse sein könnten, zählen der Entwurf eines Open Data Gesetzes für Nordrhein-Westfalen und die Entwicklung von „Digitalen Modellkommunen“. Die Maßnahmen befinden sich jedoch noch im Planungs- und Abstimmungsstadium, so dass zu diesem Zeitpunkt noch keine konkrete Aussage zum Aspekt der Kommunen gegeben werden kann.

2. Welche Summe ist bisher für kommunale Initiativen in den Bereichen Open-Data und E-Partizipation geflossen und welche konkreten kommunalen Projekte wurden hier bisher gefördert?

Zur Förderung kommunaler Initiativen aus den Bereichen Open Data, E-Partizipation und Bürgerinformation wurden die nordrhein-westfälischen Gemeinden und Gemeindeverbände mit Teilnahmeaufruf der Open.NRW Geschäftsstelle vom 14. März 2017 gebeten, Bewerbungen für das Pilotprojekt „Kommunales Open Government in NRW“ einzureichen.

Es sind insgesamt 32 Bewerbungen eingegangen. Gemeinsam mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und einem externen Sachverständigen wurden hiervon elf Projekte ausgewählt und Zuwendungen von insgesamt 489.276,49 Euro bewilligt. Aufgrund von Änderungsanträgen und eines Aufhebungsbescheids (die Umsetzung eines Projektes war bis zum Ende des Förderzeitraums Ende 2017 nicht mehr möglich) beträgt die Gesamtsumme der bewilligten Zuwendungen nunmehr 418.373,87 Euro.

Im Einzelnen werden folgende Projekte gefördert:

Seite 3 von 7

Stadt Kerpen: Open Data – Veröffentlichung digitalisierter Archivalien und Medienbestände

Mit dem Projekt schafft die Stadt Kerpen die nötigen Voraussetzungen, alle Archivalien und Medienbestände aus den Findbüchern der Stadt sukzessive den Bürgerinnen und Bürgern als offene Daten bereitzustellen. Nach Veröffentlichung der Daten über eine eigene Plattform werden die Bürgerinnen und Bürger aktiv in den Prozess eingebunden.

Stadt Paderborn: Erprobung eines Kollaborationskonzeptes für Open-Data-Projekte

Über die Einrichtung eines Open-Data-Portals möchte Paderborn die städtische Zusammenarbeit mit externen Akteuren erleichtern. Mit der Bereitstellung von Geodaten im Portal wird aufgezeigt, welchen Mehrwert offene Daten für Bürgerinnen und Bürger bieten können. Zwei Anwendungsprojekte werden hierzu umgesetzt: ein virtuelles Schulwegtraining sowie 3D-Visualisierungen zu Sichtbeziehungen und Schattenwurf von Windkraftanlagen.

KDVZ Rhein-Erft-Rur: Transparenz-Portal für Gremiendaten nach OParl-Standard

Die Kommunale Datenverarbeitungszentrale (KDVZ) Rhein-Erft-Rur richtet ein interkommunales Politik-Transparenz-Portal ein und veröffentlicht die Daten über kommunale Open-Data-Portale. Hierbei wird der ehrenamtlich entwickelte Standard OParl genutzt. Die Veröffentlichung aller Daten soll zudem automatisiert auf dem offenen Ratsinformationssystem "Politik bei uns 2" über eine Programmierschnittstelle erfolgen.

Stadt Moers: Offene Daten in Schulen

Mit Hilfe einfacher und erfolgreicher Beispiele möchte die Stadt Moers sowohl Lehrkräften als auch Schülerinnen und Schülern die Angst vor einer Beschäftigung mit Open Data nehmen. Ziel des Projekts ist es, mit einem Leitfaden zur Nutzung offener Daten in Schulen und einer begleitenden Webseite das Interesse des Bildungsbereichs an offenen Daten zu fördern und praktische Anleitungen für den Einsatz im

Unterricht zu geben. Darüber hinaus sollen auch den Datenbereitstellern in den Behörden interessante Nutzungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Stadt Münster: Lebenswerte und digitale Stadt Münster

Welche Daten sind für Familien besonders relevant? Wo werden die Daten erhoben und wie können sie bereitgestellt werden? Die Stadt Münster möchte in ihrem Projekt in einem moderierten Prozess zunächst die Informationsbelange der Bürgerinnen und Bürger ermitteln. Auf Basis der so gewonnenen Erkenntnisse soll eine Datenzulieferung durch Dritte – und letztlich die Entwicklung von praktischen Apps angeregt werden.

Stadt Köln: Daten für die Stadt – Civic Tech als neues Kollaborationsmodell

Wie gut ist die Luft im Kölner Stadtgebiet? Das geförderte Civic Tech-Projekt zur Messung von Luftschadstoffen will schon bald umfassende Antworten geben. Das Prinzip: Mit entsprechenden Sensoren können im Baukastensystem eigene, kleine Messstationen errichtet werden. Ziel ist es, in der Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern einen flächendeckenden Ausbau und damit eine Abdeckung des gesamten Stadtgebiets zu erreichen. Die gewonnenen Daten sollen anschließend als Open Data bereitgestellt werden.

KDVZ Citkomm: Südwestfalen erleben mit Zahlen, Daten, Fakten

Ein zentrales Portal zur Datenbereitstellung und -pflege für alle Kommunen der Region Südwestfalen sowie entsprechende Schnittstellen – das ist das Ziel der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale (KDVZ) Citkomm. Begleitend zur Konzeptentwicklung und Pilotimplementierung der frei zugänglichen Plattform sind Informationsveranstaltungen und Schulungen vorgesehen.

Kreis Lippe: Bist du bereit? - Wege zum Open Government

Wesentliche Herausforderungen bei der Umsetzung von Open Government sieht der Kreis Lippe in der Verankerung des Themas in den Kommunen und in der Gesellschaft. Der Kreis Lippe hat sich daher zum Ziel gesetzt, die Kommunen stärker für das Thema zu sensibilisieren, den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Communities zu

fördern und das kreative Potential der Bürgerinnen und Bürger in den Prozess einzubinden. Hierzu sind Vortragsreihen und Praxisworkshops geplant. In den Veranstaltungen soll mit den Teilnehmern eine schrittweise Umsetzung von Open Data mittels Datenmonitoring (OGD-Cockpit) und der Aufbau eines Open-Data-Portals als praktisches Ergebnis vorgestellt und diskutiert werden.

Gemeinde Kranenburg: Erste Schritte – Open Government Gemeinde Kranenburg

Die Gemeinde Kranenburg möchte ihre Bürgerinnen und Bürger besser und einfacher informieren und vernetzen. Ziel ist es, nach Vorbild des interaktiven Dorfplatzes Mijnbuurtje-MIENTHUUS eine für die Bürgerinnen und Bürger leicht zugängliche, interaktiv nutzbare Struktur aufzubauen und die Gemeinde Kranenburg zugleich mit dem Online- und Offline Nachbarschaftsnetzwerk Mijnbuurtje-MIENTHUUS systematisch zu vernetzen. Im Laufe des Projekts entsteht ebenfalls eine interaktive „Soziale Karte“ sowie ein dorfweise wie dorfübergreifend auswählbarer Kalender.

Gemeinde Stemwede: Ausweitung und Etablierung von Open Government Angeboten

Das Projekt der Gemeinde Stemwede zielt darauf ab, ein Open-Data-Portal für die Gemeinde aufzubauen sowie die Onlineangebote auszuweiten. Welche Möglichkeiten und Angebote für den Einsatz von Open Government geeignet sind, wird im ersten Schritt analysiert. Um in der Umsetzungsphase bestehende wie neue Angebote bei den Bürgerinnen und Bürgern bekannter zu machen sind Workshops, ein Infotag sowie passende Projektarbeit in Schulen vorgesehen.

Um die gewonnenen Erkenntnisse zu sichern, wird ein Erfahrungsaustausch im Rahmen eines Workshops erfolgen und werden die teilnehmenden Gemeinden und Gemeindeverbände nach Abschluss des Projekts Ergebnis- und Erfahrungsberichte anfertigen. Das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen wird auf Basis der Berichte gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Leitfaden „Kommunales Open Government in NRW“ veröffentlichen.

3. Wie ist der aktuelle Sachstand im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Servicekonto.NRW und welche Summen sind hier bisher geflossen?

Das Servicekonto.NRW ist ein elektronischer Dienst zur Feststellung der Identität in Verwaltungsangeboten. Zuständig für diesen Dienst ist das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen; betrieben wird der Dienst im Rahmen einer Auftragsdatenverarbeitung durch den Zweckverband kommunaler IT-Dienstleister KDN.

Der Dienst dient insbesondere zur Umsetzung von § 3 Abs. 3 EGovG NRW, also der Verpflichtung eine Identitätsfeststellung mit der eID-Funktion des neuen Personalausweises in Verwaltungsverfahren anzubieten. Diese Verpflichtung betrifft sowohl die Landesverwaltung als auch den Kommunalbereich. Servicekonto.NRW ist daher ein gemeinsamer Dienst von Land und Kommunen, der anteilig von Land und Kommunalbereich zu finanzieren ist. Der Landtag hat im Haushalt ab 2017 Mittel eingestellt, von denen bis zu 800.000 EUR zur Finanzierung des kommunalen Anteils der Kosten für Entwicklung, Weiterentwicklung und Betrieb des Servicekontos.NRW vorgesehen sind. Nach Abschluss der erforderlichen formalen Abstimmungen wird ein Mittelabfluss bis zum Jahresende erwartet.

Die Landesverwaltung und der Kommunalbereich werden im nächsten Schritt die Erweiterung des Servicekontos NRW um die Bereiche Unternehmenskonten und eine Postfachfunktionalität gemeinsam planen.

4. Wie ist der aktuelle Sachstand beim Aufbau und Betrieb des kommunalen Kompetenzzentrums und wann ist hier mit einer entsprechenden Förderrichtlinie des Landes zu rechnen?

Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für die Digitalisierung ist ebenfalls im Rahmen der Aktivitäten des KDN vorgesehen. Das finale Konzept befindet sich noch in der Abstimmung. Eine Finanzierung ist in Höhe von bis zu 1.200.000 EUR p.a. ebenfalls aus den vom

Landtag für die Förderung von E-Government in Kommunen bereitgestellten Mitteln vorgesehen. Die Verausgabung der Mittel ist über den KDN als gemeinsame Einrichtung fast aller kommunalen Rechenzentren in NRW geplant; alle Kommunen – nicht nur die Mitglieder des KDN - werden entsprechende Dienstleistungen hierüber in Anspruch nehmen können. Eine unmittelbare Förderung von Einzelkommunen ist nicht vorgesehen, da der verfügbare Mittelansatz über diesen Weg keine Breitenwirkung erwarten lässt und der administrative Aufwand unverhältnismäßig wäre.